

# Mélange aus zynischen Machtkalkülen und internationaler Lösungsunlust

Martin Link

## Ursachen und Wirkungen im israelisch-palästinensischen Besatzungskonflikt

*Als wir diese Ausgabe des Magazins „Der Schlepper“ planten, herrschte bei uns mit Blick auf die im Ergebnis seit vielen Dekaden auch für allerlei Fluchten verantwortliche Unfähigkeit aller Akteure vor Ort und international eine gewisse Desillusionierung.*

Das 30-jährige Bestehen des Flüchtlingsrats erschien uns aber ein guter Anlass zu sein, zwei ausgewiesene und mit unserer Arbeit seit vielen Jahren verbundene Experten ihre jeweils eigene Zwischenbilanz ziehen zu lassen.

Professor Moshe Zuckermann, Historiker aus Tel Aviv und regelmäßig scharfzüngiger Kommentator der israelischen Innenpolitik (S. 148), und Riad Othman, Palästina-Referent bei Medico International und profiliertes Kenner insbesondere der Lage und Bedarfe der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (S. 158), machen mit ihren Beiträgen jeweils Perspektiven auf, die in der bundesdeutschen politischen und medialen Israel/Palästina-Debatte in der Regel kaum ausgeleuchtet werden.

Zur aktuellen Eskalation trugen offensichtlich nicht nur Siedlerprovokationen im Ost-Jerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah und die Abriegelungen des Tempelberges just zum islamischen Fest Aid Al-Fitr durch israelisches Militär bei. So hatten

die Absage der für Mai geplanten Wahlen durch den Palästinenserpräsidenten Mahmoud Abbas ebenso wie Erwartungen der amtierenden israelischen Regierung auf eine bessere Ausgangslage vor den anstehenden Knesset-Wahlen ihren Anteil. Die hierzulande zu beobachtende politische und mediale, nicht zuletzt in den sogenannten Sozialen Netzwerken Raum greifende, Tendenz öffentlicher Diskussionsbeiträge und undifferenzierter Schuldzuweisungen motivieren uns indes, eine tiefere Sicht auf Ursachen und Wirkungen des Konflikts und daraufhin auch auf die Debatte hierzulande zu versuchen.

Allein schon der Situation der Palästinenser\*innen in diesem Konflikt das Wort zu geben, sei antisemitisch, wird uns mit Blick auf einen Demonstrationaufruf auf unserer Mailingliste vorgeworfen. Anderen Demonstrationen, bei denen insbesondere von den ihre Flaggen offen schwingenden faschistischen Grauen Wölfen und politischen Profiteuren aus anderen rechtsextremistischen Spektren – von der Polizei weitgehend unbehelmt – tatsächlich aggressiv antisemitische Hetze verbreitet wird, wird von WAZ bis FAZ wider besseren Wissens eine palästinensisch-muslimische Urheberchaft unterstellt. Insbesondere zugewanderten Muslim\*innen pauschal eine antisemitische Haltung zu unterstellen, ist dieser Tage gern bemühte Position selbsternannter Expert\*innen.

### **Ausdruck von Antisemitismus und anti-muslimischem Rassismus**

Allzu wohlfeil geraten auch die sich offenbar die Außenpolitik der Trump-Administration zum Vorbild nehmenden, im europäischen Konzert abgestimmten, pauschalen

Freibriefe des Bundesaußenministers für offenbar jedwede Qualität von Selbstverteidigung der israelischen Regierung und die gleichzeitig mit der Weigerung, Ursachen und Wirkungen differenziert zu betrachten, einher gehenden einseitigen Schuldzuweisungen der bundesdeutschen politischen Klasse. Es ist daraufhin kaum verwunderlich, dass Expert\*innen allenthalben feststellen, dass die von der EU, zumal von Deutschland, vorgeschlagenen, vermeintlich die Interessen beider Seiten berücksichtigenden Konfliktlösungsstrategien nicht mehr ernst genommen werden.

Wie sehr ein solches Debattenklima den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch hierzulande gefährden kann, schreckt immerhin die miteinander kooperierenden jüdischen und muslimischen Initiativen auf. In einem offenen Brief wehren sie sich am 20. Mai dagegen, „dass der Konflikt im Nahen Osten unser Zusammenleben und unsere politische und kulturelle Arbeit in Deutschland zerstört“. Die pauschalen, gegen Muslim\*innen gerichteten Zuschreibungen seien „Ausdruck von Antisemitismus und anti-muslimischem Rassismus, die die Gegenwart und Zukunft unseres Miteinanders hierzulande gefährden.“

Weil auch wir glauben, dass Simplifizierung komplexer Problemlagen ins Abseits führt, wollen wir es uns so einfach nicht machen und bleiben lieber nachdenklich. Erst recht in Zeiten, in denen man mit der Relativierung des tausendjährigen Reiches als „Vogelschiss der Geschichte“ oder Sprüchen von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ und der Forderungen einer „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ erfolgreich politische Karrieren machen kann, gehört dazu die Überzeugung, dass die Shoah als ultimativer Push-Faktor der Gründung Israels mindestens mitverantwortlich für die nach wie vor

**Man muss Partei ergreifen.  
Neutralität hilft dem Unterdrücker,  
niemals dem Opfer,  
Stillschweigen bestärkt den Peiniger,  
niemals den Gepeinigten. Elie Wiesel**

nicht gelösten Konflikte im Nahen Osten ist und daher auch wir hierzulande in eine Verantwortung genommen sind, aus der es mit vorschnellen Vereinfachungen schon gar keinen Ausweg gibt.

Wollen wir dabei, dass unser klares Bekenntnis für das Existenzrecht Israels nicht als Plädoyer für eine dauerhaft asymmetrische Situation missverstanden wird, muss dieses Bekenntnis gleichermaßen ein zu gewährleistendes Existenzrecht eines souveränen palästinensischen Staates auf den vollständigen ab 1967 besetzten Gebieten oder der Schaffung eines multi-ethnischen, allen seinen Staatsangehörigen gleiche Rechte einräumenden Staatswesens im Gebiet Israels und Palästinas beinhalten. Weder die eine, noch die andere Vision werden sich durchsetzen, wenn sich nicht beide Seiten zu einem robusten Gewaltverzicht und zu Verhandlungen, die die Belange und Interessen des jeweils anderen ernst nehmen, entschließen.

### **Besatzungs- und Siedlungspolitik**

Zur Liste der ungelösten Probleme zwischen Israel und Palästina gehört die seit der Besatzung und inzwischen in Teilen vollzogenen Annektierung der palästinensischen Gebiete seit 1967 – lediglich im Gaza-Streifen 2005 durch Abzug beendet – fortgesetzte Siedlungspolitik. Seit her dient die palästinensische Bevölkerung außer als regelmäßiges Objekt der Übergriffigkeit und Diskriminierung durch radikale Siedler v. a. als Arbeitskräftereservoir beim Siedlungsbau sowie in der israelischen Wirtschaft.

Die Osloer Verträge zwischen der Regierung Israels und der PLO vermochten für die palästinensische Seite genauso wenig wie die opferreichen Intifadas 1987 und

2000 das Rückkehrrecht der 1948 vertriebenen palästinensischen Flüchtlinge, den Status von Jerusalem als Hauptstadt oder das Ende der rechtswidrigen israelischen Landnahme und Besiedlung in den palästinensischen Gebieten durchzusetzen.

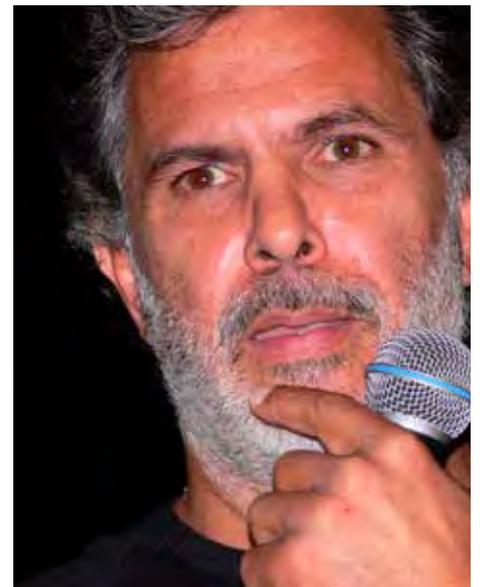
Die Osloer Verträge und folgende bilaterale „Vereinbarungen“ führten indes zu einer Aufsplitterung der Westbank in zahlreiche nicht zusammenhängende, wirtschaftlich nicht autarke Flecken und einer Politik der sukzessiven Zerschlagung von Strukturen, auf denen ein staatliches palästinensisches Gemeinwesen als Teil einer Zwei-Staaten-Regelung hätte funktionieren können. Die somit aus palästinensischer Sicht ultimativ gescheiterten Friedensverhandlungen führten ab 2000 in die zweite Intifada. In 1.558 Tagen wurden von islamistischen Gruppen 160 junge Attentäter\*innen zu Selbstmordanschlägen in Israel getrieben. Insgesamt wurden in der zweiten Intifada 1.036 Israelis und 3.592 Palästinenser\*innen getötet. Erst im Februar 2005 konnte die Gewalt durch einen Waffenstillstand beendet werden.

Seither kontert die israelische Besatzung Widerstände noch restriktiver, als es ohnehin schon zuvor üblich war. Eine acht Meter hohe Mauer wurde zwischen israelischem Staatsgebiet und der Westbank hochgezogen. Hochgerüstete Übergänge der israelischen Armee reglementieren Ein- und Ausreisen und auch innerhalb der besetzten Gebiete behindert ein engmaschiges Netz von Checkpoints die Bewegungsfreiheit von Ort zu Ort.

Allein seit 2009 zerstörte die Armee i.d.R. als Straffaktionen 7.101 Häuser Verdächtiger. Zwischen 2000 und 2018 zerstörten israelische Truppen über eine Million Bäume – meist Oliven – auf palästinensischem Bauernland. Regelmäßig wird palästinensisches Land entschädigungs-

los enteignet oder von straffrei bleibenden Siedlern geraubt. Seit der ersten Intifada 1987 wurden jährlich durchschnittlich 337 Palästinenser\*innen von israelischen Militärs oder Zivilisten getötet. Seit der zweiten Intifada wurden gut 100.000 Personen, davon 15.000 Minderjährige, inhaftiert und etwa 27.000 in Administrativ-Haft, also in willkürlicher Haft ohne Anklage und Verurteilung, gehalten.

Nach dem letzten Waffengang kehrt der Besatzungsalltag in den palästinensischen Gebieten wieder zurück zur geringeren Intensität einer ständig Allgegenwärtigkeit von Gewalt, die die Menschen auf Dauer zermüht und ihnen absehbar den Glauben an eine von friedlicher Koexistenz gekennzeichneten Zukunft austreibt. Im Zustand dieses alltäglichen Klimas von gewaltbestimmter Perspektivlosigkeit reanimierte das Patriarchat – schon seit der zweiten Intifada – seine destruktivsten Seiten und zwingt wo es kann der Gesellschaft seine vermeintlich religiösen konservativen, antifeministischen, rassistischen und kulturfeindlichen Werte



**Juliano Mer-Khamis wurde am 5. April 2011 vor dem Freedom Theatre Jenin von wer weiß wem erschossen**

auf. Dagegen aber halten an vielen Orten der besetzten Gebiete Projekte engagierter Jugend- und Kulturarbeiter, die jungen Männern und Frauen vor Ort ihre Träume zurückgeben und sie gegen die Besatzung und die Fesseln eines rückwärtsgegangenen Wertekanons gleichermaßen zu empowern versuchen.

Ein Engagement, das sich Feinde auf allen Seiten macht. Das erfuhr auch ein langjähriger Kooperationspartner des Flücht-

lingsrates Schleswig-Holstein, das mit seinen Produktionen gegen die brutale Willkür der Besatzung und für die Freiheit und Selbstbestimmung palästinensischer Männer, Frauen und Mädchen landesweit und international erfolgreiche Theaterprojekt Freedom Theatre in Jenin Camp. 2011 wurde der Initiator und Direktor dieses ambitionierten kulturellen Befreiungsprojektes, der israelische, jüdisch-arabisch-stämmige Schauspieler Juliano Mer Khamis, mitten am Tag vor dem Theater in Jenin erschossen. Bis heute haben weder die israelische Militärstaatsanwaltschaft noch die Justiz der Autonomiebehörde irgendwelche Schritte unternommen, diesen Mord aufzuklären.

### *Teile und herrsche?*

Schon lange sieht sich die palästinensische Autonomiebehörde, der u. a. die Verwaltung der aus Israel regelmäßig überwiesenen Steuergelder anheimfiel, seitens der palästinensischen Bevölkerung zunehmend mit Vorwürfen der Korruption, der

wirtschafts- und sozialpolitischen Erfolglosigkeit, der israelischen Repression keinen maßgeblichen Widerstand entgegen zu setzen und stattdessen mit israelischen Sicherheitsdiensten zu kollaborieren, konfrontiert. In dem Maße, wie die machthabende Fatah-Partei an Rückhalt in der Bevölkerung verlor, organisierten sich andere politische Kräfte.

Zunächst war im Gaza-Streifen die islamistische Hamas-Partei bei den palästinensischen Wahlen 2007 erfolgreich – was dort zu einem innerpalästinensischen opferreichen Kampf um die Macht führte, aus dem die Hamas als Siegerin hervorging. Inzwischen wird die Partei von der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten, Israel und anderen – auch arabisch-muslimischen – Staaten als terroristische Vereinigung eingestuft. Sie hat allerdings – was hierzulande kaum zur Kenntnis genommen wird – trotz weitgehend lückenloser Abschottung des Gaza-Streifens durch Israel und Ägypten eine die Bedürfnisse der Menschen im Blick behaltende Versorgungswirtschaft und die

Armutsentwicklung abfedernde Sozialpolitik umgesetzt.

Die hierzulande in öffentlicher Diskussion gern ins Feld geführte Behauptung, die Hamas habe in der Bevölkerung keinen Zuspruch, muss wohl weitgehend als Wunschdenken europäischer Interessenpolitik verstanden werden. Der dem entgegen inzwischen auch in der Westbank erhebliche Rückhalt der Hamas hat aber wohl die in Ramallah residierende Fatah-Autonomiebehörde und Präsident Mahmoud Abbas motiviert, Ende April die nach 15 Jahren erstmals für Mai geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzusagen. Der Verweis darauf, dass Israel die Teilnahme der Bevölkerung in Ostjerusalem behindere, muss wohl als allenfalls zweitrangiger Grund für die Entscheidung gelten.

Wie aber leben die gut drei Millionen Palästinenser\*innen in der Westbank und die gut zwei Millionen im Gaza-Streifen. Ein Durchschnittsalter von 21 Jahren bei 36 % unter 14-Jährigen in der Westbank



und von 19 Jahren bei 41 % unter 14-Jährigen im Gaza-Streifen kennzeichnet die aktuelle Bevölkerungsstruktur. In der Westbank leben 534 Menschen auf einem Quadratkilometer, im Gaza-Streifen aber drängeln sich 5.533 Menschen/km<sup>2</sup>. Die Armutsrate beträgt in der Westbank 30 % und im Gazastreifen hingegen 64 % der Bevölkerung. Im öffentlichen Dienst, d. h. bei der Autonomiebehörde in der Westbank, sind 16 % der Arbeitnehmenden, bei der Hamas-Verwaltung im Gazastreifen dagegen 40 % beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit beträgt in der Westbank 15 % und im Gaza Streifen 49 %.

### **Opferreiche palästinensische und israelische Machtkalküle**

Dass die Hamas in dieser, von der Aufgebrachtheit der Menschen über Siedlergewalt, Al Aqsa-Blockade der israelischen Armee, die empfundene Willkürentscheidung der Autonomiepräsidentenschaft und nicht zuletzt die tägliche Überlebensmühsal aufgeladenen Situation die Chance

erkannte und ergriff, sich mit einer Raketenoffensive gegen Israel als die eigentliche „ehrliche und mutige Maklerin“ der palästinensischen Demokratie- und der Schutzinteressen gegen die fortgesetzte Eskalation der Besatzungspolitik zu inszenieren, muss angesichts der diese Strategie sekundierenden Proteste in der Westbank und diesmal auch vielerorts innerhalb Israels als offenbar erfolgreich zur Kenntnis genommen werden.

Des einen Erfolg ist der des anderen Hoffnung. Entlang des seit dem 20. Mai mit Waffenstillstand zunächst beendeten, seit 2008 vierten Hamas/Israelischen Kriegs, rechneten sich wohl auch die an der aktuellen israelischen Regierung beteiligten Parteien Erfolge bei der ebenfalls anstehenden israelischen Parlamentswahl aus. Der Möglichkeit, dass im Zuge eines Zusammengehens der ultrarechten bis „linken“ Parteien (vgl. Zuckermann, Seite 148) mit einer arabischen Partei als Zünglein an der Waage den Regierungswechsel bringen könnte, scheint Ende Mai dennoch denkbar.

Bis zum aktuellen Waffenstillstand sind innerhalb von gerade mal zwei Wochen im Gaza-Streifen 242 Menschen gestorben, davon 66 Kinder und 38 Frauen. 1.948 Personen wurden im Gaza-Streifen und 6.381 in der Westbank verletzt. In Israel wurden zwölf Menschen getötet, davon fünf Männer, fünf Frauen und zwei Kinder, und 710 wurden verletzt. Doch sind diese Menschen nicht allein der jüngsten israelisch-palästinensischen Gewalteskalation, sondern zugleich einer Mélange aus zynischen Machterhaltungskalkülen auf beiden Seiten des Zauns zum Opfer gefallen – und nicht zuletzt der mittlerweile jahrzehntelangen Unlust der sogenannten Staatengemeinschaft, den Palästina-Konflikt einer nachhaltigen Lösung zuzuführen.

Martin Link ist Mitarbeitender des Flüchtlingsrats Schleswig-Holstein in Kiel. [www.frsh.de](http://www.frsh.de)  
In der Printausgabe des Schleppers Nr. 100 wurde eine gekürzte Fassung abgedruckt.

**Das Freedom Theatre im Lager Jenin empowert Jugendliche in den besetzten Gebieten Palästinas**  
[www.freedomtheatre.org](http://www.freedomtheatre.org)

